



## Sicherheitsgewinn durch Privatisierung verkannt

Von Oliver Schonschek

### Private Sicherheit hat Imageproblem

Trotz der erfolgreichen Einsätze privater Sicherheitsunternehmen bei der Eurobargeld-Einführung und bei der Fußball-WM 2006 hat das private Sicherheitsgewerbe in der Öffentlichkeit ein negativ besetztes Image. Die sogenannten „Schwarzen Sheriffs“ beherrschen immer noch das Meinungsbild in manchen Medien und Köpfen. Die Forderung nach mehr privaten Sicherheitskräften ist in der aktuellen Diskussion über eine neue Sicherheitsarchitektur in Deutschland kaum zu hören.

### City-Streife ist Erfolgsmodell

Warum die privaten Sicherheitsanbieter in der Diskussion zur inneren Sicherheit kaum eine Rolle spielen, überrascht insofern, als dass diese Unternehmen bereits seit vielen Jahren, teilweise seit Jahrzehnten, Sicherheitsaufgaben in zahlreichen Städten und Gemeinden wahrnehmen. Da sich die Polizei als Reaktion auf immer neue Kriminalitätsformen zunehmend aus der Fläche zurückzieht, werden bürgernahe Sicherheitsaufgaben in vielen Fällen privatisiert. So sind nach Aussage des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) sogenannte „City-Streifen“ bereits in rund 80 Städten unterwegs. Viele große Städte setzen private Sicherheitsdienste zur Kontrolle und Begleitung von öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Auch in manchen Schulen, Gerichtsgebäuden und Kliniken sorgen private Anbieter für Sicherheit und Ordnung.

Sicherheitsexperten wie der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Zier-

cke, zeichnen ein Bild von den privaten Wach- und Sicherheitsdiensten, das in der Öffentlichkeit so nicht zu existieren scheint. Auf der 39. Jahresmitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) in Potsdam bezeichnete Ziercke die Sicherheitsunternehmen als unverzichtbare Größe im Gebäude der inneren Sicherheit.

### Private Sicherheit gegen Präventionsdefizite

„Die zunehmende Konzentration der Polizei auf ihre Kernaufgaben in Verbindung mit dem Abbau personeller Ressourcen wird zukünftig zu erkennbaren Präventionsdefiziten führen“, so Ziercke. Für ihn muss deshalb die strategische Kooperation zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten eine besondere Bedeutung erhalten, insbesondere im Zusammenhang mit den Bedrohungen für die Sicherheit Deutschlands in einer globalisierten Welt. Ziercke sieht die Zukunft der Sicherheitsunternehmen als „zuverlässige Partner der Polizei im semi-öffentlichen Raum, bei der Verkehrssicherheitsarbeit und der Justiz im Strafvollzug“.

Diese Forderung ist jedoch nicht neu. Schon im Jahr 2001 hatte der Berliner Senat eine Expertenkommission unter dem Namen „Staatsaufgabenkritik“ einberufen, um Möglichkeiten zur Erhöhung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Verwaltung zu untersuchen, da eine Notwendigkeit zur strukturellen Veränderung gesehen wurde. Die Kom-

Der Rückzug der Polizei aus der Fläche könnte durch private Sicherheitsanbieter kompensiert werden. Doch ihr Image in der Öffentlichkeit ist negativ und der politische Wille zur Teilprivatisierung der Sicherheit fehlt. – Ein Bericht von Dipl.-Phys. Oliver Schonschek, Bad Ems. Er ist freier Journalist und Autor für die Zeitschrift Sicherheit-heute. Nähere Informationen zur Zeitschrift unter: [www.sicherheit-heute.de](http://www.sicherheit-heute.de)

mission kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass private Sicherheitsanbieter die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Präventionsmaßnahmen, bei der Bekämpfung der Alltags- und Straßenkriminalität, der Überwachung des Ordnungsrechts sowie bei Verkehrsaufgaben und Veranstaltungen unterstützen könnten.

### Privates Sicherheitsgewerbe ausgeblendet

Für Dr. Harald Olschok, Hauptgeschäftsführer des BDWS, berücksichtigt jedoch die Diskussion um eine neue Sicherheitsarchitektur für Deutschland auch heute noch fast ausschließlich staatliche Sicherheitsorgane, das private Sicherheitsgewerbe bleibe hierbei weitgehend ausgeblendet. Olschok mahnt an, dass eine Gesamtkonzeption für die Sicherheit in Deutschland fehle, in der auch das private Sicherheitsgewerbe Berücksichtigung findet.



Sicherheitsgewerbe kann Polizei unterstützen (Foto: BDWS)

### Informelle Zusammenarbeit läuft

Bereits seit 1999 werden Kooperationsverträge zwischen Polizeibehörden und dem BDWS für die Mitgliedsbetriebe geschlossen, beginnend mit Frankfurt, Düsseldorf, Wiesbaden und Essen. Im Jahr 2000 vereinbarten der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern und die BDWS-Landesgruppe eine Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und den dortigen privaten Sicherheitsunternehmen. Ähnliche Vereinbarungen gibt es inzwischen in Sachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin. Grundsätzlich wird dabei die Tätigkeit des privaten Sicherheitsgewerbes als eine sinnvolle Ergänzung der polizeilichen Arbeit gesehen. Dabei handeln die privaten Sicherheitsanbieter nach dem Motto „Beobachten, Erkennen, Melden“ und unterstützen so die Polizei in der Fläche.

### Hessen rudert zurück

Das Bundesland Hessen geht indes einen anderen Weg in Richtung neue Sicherheitsstruktur und nimmt bestehende Privatisierungen teilweise zurück. So sollen die Passagierkontrollen am Frankfurter Flughafen künftig durch eine Landesgesellschaft durchgeführt werden, nicht mehr durch einen privaten Anbieter. Nach Information des BDWS wird diese Veränderung damit begründet, dass bei einer möglicherweise anstehenden Ausschreibung ansonsten „Billig-Anbieter für Sicherheit zum Zuge kämen und Sicherheitsaufgaben nicht alleine dem Markt überlassen werden könnten“.

### Wieder ohne private Beteiligung

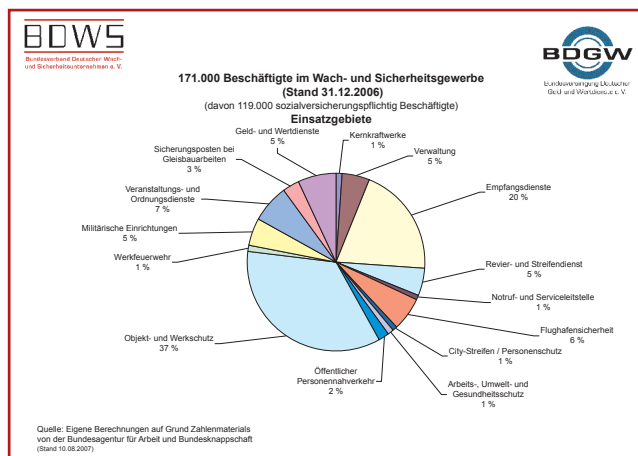
Zudem hatte Roland Koch im Jahr 1999 mitgeteilt, dass eine neue Haftanstalt in Hessen aus Kostengründen privatwirtschaftlich zu planen und zu bauen sei, auch der Betrieb werde bis auf zwingend hoheitliche Aufgaben in privater Organisationsform erfolgen. Tatsächlich wurde die Justizvollzugsanstalt Hünfeld im Dezember 2005 als Teilprivatisierungsmodell in Betrieb genommen. In 2006 lobte Justizminister Banzer die „sehr hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards“ von Hünfeld. Die Bundesländer Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt würden einen solchen Weg ebenfalls beschreiten.

Doch während das Baden-Württembergische Justizministerium den geplanten teilprivatisierten Betrieb der voraussichtlich Mitte 2009 fertig gestellten neuen Justizvollzugsanstalt (JVA)

Offenburg im Dezember 2007 durch eine entsprechende Auftragsvergabe in die Wege geleitet hat, bezeichnete Hessen im gleichen Monat die JVA Hünfeld zwar als erfolgreiches Modell, plant die neue JVA in Frankfurt jedoch wieder ohne private Beteiligung.

### Freiwilliger Polizeidienst in der Kritik

Gleichzeitig gerät die hessische Landesregierung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen in die Kritik, da zum einen der Personalabbau bei der Landespolizei durch fehlende Neueinstellungen fortschreite, zum anderen aber ein freiwilliger Polizeidienst als kostengünstiges Allheilmittel propagiert werde. „Der Innenminister versucht, die Bevölkerung über die Effektivität des freiwilligen Polizeidienstes zu täuschen. Er suggeriert den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit dadurch, dass die ehrenamtliche Uniformpräsenz in den Stadtteilen erhöht wurde. Für die hessische GdP bedeutet dies im Rahmen der ‚Operation sichere Zukunft‘ eine krasse Fehlentwicklung“, so der Vorsitzende der hessischen GdP, Jörg Bruchmüller. Gleichzeitig werde die Bereitschaftspolizei quasi „ausgeblutet“, und es könnten nicht mehr genügend Polizeikräfte in den Einzeldienst versetzt werden.



Einsatzgebiete der privaten Sicherheitsanbieter, Quelle: BDWS

### Politischer Wille fehlt

Mit Blick auf die aktuelle Sicherheitsdebatte ist für Dr. Olschok vom BDWS weder in Berlin noch in anderen Bundesländern eine politische Diskussion, geschweige ein nachhaltiger politischer Wille zur Umsetzung der Vorschläge der Expertenkommission „Staatsaufgabenkritik“ erkennbar. Potenziale für eine engere Kooperation mit den Polizeien auch im Hinblick auf den ganzheitlichen Ansatz der Verbrechensbekämpfung sieht nicht nur der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke.

Doch scheinen die ursprünglichen Planungen, die Sicherheit der Bürger in Zukunft gemeinsam mit dem privaten Sicherheitsgewerbe zu gewährleisten, nur halbherzig zu sein. Dann allerdings muss die Politik andere Vorschläge bringen als ehrenamtliche Polizeihelfer, die sich im Ernstfall selbst in Gefahr bringen könnten. ●